

PRESSEMITTEILUNG 128 – 25.06.2026

Birte Pauls

## **35 Grad in Schleswig-Holstein: Landesregierung bleibt beim Hitzeschutz erschreckend untätig**

Angesichts der aktuellen Hitzewelle mit Temperaturen von bis zu 35 Grad Celsius kritisiert die SPD-Landtagsfraktion das fehlende Engagement der Landesregierung beim Schutz der Bevölkerung vor den Folgen extremer Hitze. Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Während die Hitzewelle weiter in Schleswig-Holstein anhält und die Kieler Woche bei hochsommerlichen Temperaturen läuft, fehlt es der Landesregierung weiterhin an einer wirksamen Strategie zum Schutz der Bevölkerung. Die versprochene Klimaanpassungsstrategie der Landesregierung ist noch immer nicht vorgelegt worden. Einen landesweiten Hitzeaktionsplan gibt es ebenfalls nicht. Das ist angesichts der zunehmenden Extremwetterlagen nicht länger hinnehmbar. Hitze ist mittlerweile eines der größten klimabedingten Gesundheitsrisiken in Deutschland ist. Besonders ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose sowie Beschäftigte im Freien sind von den Folgen extremer Temperaturen betroffen.

Auch sind die Bedingungen bei extremer Hitze in Pflegeheimen und Krankenhäusern sowohl für die Bewohnenden und Patienten als auch für die Beschäftigten eine extreme körperlichen Herausforderung.

Wenn die Landesregierung bei Temperaturen über 30 Grad lediglich dazu aufruft, ausreichend zu trinken, wird sie der Herausforderung nicht gerecht. Die Menschen brauchen mehr als gut gemeinte Ratschläge. Es braucht endlich einen verbindlichen Hitzeaktionsplan mit klaren Maßnahmen für Kommunen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Kitas, Schulen und Veranstalter von Großereignissen. Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich die angekündigte Klimaanpassungsstrategie vorzulegen und darin konkrete Maßnahmen zum Schutz vor Hitze zu verankern. Dazu gehören unter anderem Frühwarnsysteme, öffentliche Trinkwasserangebote, mehr Schattenflächen im öffentlichen Raum, hitzeresiliente Städte und Gemeinden sowie verbindliche Schutzkonzepte für besonders gefährdete Gruppen.

Die Folgen des Klimawandels sind längst in Schleswig-Holstein angekommen. Die Landesregierung darf nicht länger nur reagieren, wenn die Temperaturen bereits Rekordwerte erreichen. Sie muss endlich vorsorgen. Hitzeschutz ist Gesundheitsschutz – und damit eine zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Politik.“